

Boss, Alfred

Article — Digitized Version

## Finanzielle Perspektiven der Arbeitslosenversicherung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Boss, Alfred (1981) : Finanzielle Perspektiven der Arbeitslosenversicherung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 61, Iss. 6, pp. 283-284

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3175>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Finanzielle Perspektiven der Arbeitslosenversicherung

Alfred Boss, Kiel

Die Finanzlage der Arbeitslosenversicherung ist prekär. Die Bundesanstalt für Arbeit legte einen Nachtragshaushalt für 1981 vor, der zusätzliche Ausgaben von 4,8 Mrd. DM vorsah, die durch einen zusätzlichen Bundeszuschuß finanziert werden sollten. Die Bundesregierung hat zusätzliche Ausgaben in Höhe von 4,3 Mrd. DM und damit Gesamtausgaben im laufenden Jahr von rund 28 Mrd. DM genehmigt; der Bundeszuschuß ist damit von 3,6 Mrd. DM auf 8 Mrd. DM aufgestockt worden. Wie werden sich die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung 1981 und 1982 entwickeln? Werden sich weitere Deckungslücken ergeben?

Den gesamtwirtschaftlichen Rahmen für die Voraus-schätzung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit bildet im Kern die Konjunkturprognose des Instituts für Weltwirtschaft vom März 1981<sup>1</sup>. Danach wird das reale Bruttosozialprodukt 1981 um rd. 2 % abnehmen und 1982 um rd. 2 % zunehmen; für die Inflationsrate, gemessen an der Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung, werden 4,5 % und 3 % für 1981 und 1982 prognostiziert. Inzwischen muß aber damit gerechnet werden, daß die Restriktionspolitik länger als erwartet fortgesetzt wird. Die Rezession wird dadurch verlängert; das reale Bruttosozialprodukt dürfte im Jahresdurchschnitt 1982 kaum höher ausfallen als im laufenden Jahr.

Die an die ungünstiger gewordenen konjunkturellen Aussichten angepaßten Prognosewerte für die Arbeitslosenzahl, die Kurzarbeiterzahl und die Lohnsumme sind in Tabelle 1 dargestellt.

Aus den prognostizierten Werten für die Zahl der Arbeitslosen und die Kurzarbeiterzahl lassen sich die zu erwartenden Zahlungen an Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld ableiten. Dabei wird berücksichtigt, daß die Zahlungen je Leistungsempfänger entsprechend dem Anstieg der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer zunehmen werden und daß der Anteil der Leistungsempfänger an der Zahl der Arbeitslosen rezessionsbedingt ansteigen wird. Tabelle 2 zeigt die prognostizierten Werte für die einzelnen Arten von Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung. Dabei ist berücksichtigt,

daß der Bund ab 1981 die gesamten Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe, also auch für die Arbeitslosenhilfe, die im Anschluß an das Arbeitslosengeld gezahlt wird, finanziert<sup>2</sup>. Für die Einnahmen insgesamt resultieren daraus Zuwachsraten von 3 % und 2 % für die Jahre 1981 und 1982, für die Ausgaben insgesamt solche von 27 % und 11 %. Die Defizite belaufen sich auf 8,0 Mrd. DM und 10,7 Mrd. DM – trotz der Übernahme der Kosten für die Anschlußarbeitslosenhilfe durch den Bund.

Die Bundesanstalt für Arbeit kann diese Defizite nicht durch Vermögensabbau finanzieren. Es betrug zum 31. 12. 1980 nur noch 589 Mill. DM; hinzu kommt das Grundvermögen, das sich am 31. 12. 1978 auf 718 Mill. DM belief. Bei gegebenen rechtlichen Regelungen hilft auch eine „sparsame“ Ausgabenpolitik wenig; die obige Prognose impliziert bei den dafür in Frage kommen-

**Tabelle 1**  
**Ausgewählte Arbeitsmarktdaten**

	1978	1979	1980	1981 <sup>c</sup>	1982 <sup>c</sup>
Arbeitslose <sup>a</sup>	993	876	889	1270	1600
Kurzarbeiter <sup>a</sup>	191	88	137	440	520
Lohnsumme <sup>b</sup>	6,4	7,5	7,9	3,0	2,0

<sup>a</sup>In 1000. - <sup>b</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. - <sup>c</sup>Prognose.

den Ausgabearten bereits ein zurückhaltendes Ausgabeverhalten. Notwendig sind demnach entweder Eingriffe in das Leistungsrecht, wie sie 1975 in einer vergleichbaren wirtschaftlichen Situation beschlossen worden sind, zusätzliche Zuschüsse des Bundes, höhere Beitragssätze oder Maßnahmen, die den Kreis der

*Dr. Alfred Boss, 34, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Konjunkturabteilung des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.*

<sup>1</sup> Institut für Weltwirtschaft: Verzögerter Aufschwung, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 75, Kiel, März 1981.

<sup>2</sup> Vgl. Bundesfinanzministerium, Finanzbericht 1981, S. 45 bzw. S. 57-58.

**Tabelle 2**  
**Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit**  
(Mill. DM)

	1978	1979	1980	1981	1982
<b>Einnahmen</b>					
Beiträge	14740	15926	17321	17840	18200
Sonstige Einnahmen	3015 <sup>a</sup>	1576	1729	1780	1800
Zusammen	17755 <sup>a</sup>	17502	19050	19620	20000
<b>Ausgaben</b>					
Arbeitslosengeld	6270	7468	8110	13400	16500
Anschluß-Arbeitslosenhilfe	1393	1644	1540	-	-
Kurzarbeitergeld	596	334	471	1750	2200
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	1396	1795	1751	1790	1600
Förderung der beruflichen Bildung	2178	3279	4575	5100	4800
Winterbauförderung	1487	2205	1974	2100	2000
Konkursausfallgeld	223	213	206	290	350
Verwaltungsausgaben und Sonstiges	3979 <sup>b</sup>	2801	3046	3170	3250
Zusammen	17522	19739	21674	27600	30700
<b>Saldo</b>	232	-2237	-2624	-7980	-10700

<sup>a</sup>Davon 1450 Mill. DM vom Bund zur pauschalen Abgeltung der von der Bundesanstalt für Arbeit übernommenen Rentenversicherungsbeiträge für Leistungsempfänger. - <sup>b</sup>Einschließlich Rentenversicherungsbeiträge.

Beitragszahler oder das Volumen des – durch diese Beitragssätze – zu belastenden Einkommens vergrößern.

Wahrscheinlich wird es – entsprechend den Ankündigungen des Bundesarbeitsministers – Maßnahmen zur Einschränkung des „Mißbrauchs von Leistungen der Arbeitslosenversicherung“ geben. Sie betreffen die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld und die Voraussetzungen für die Anerkennung der Anträge auf Kurzarbeit. Auch ist zu erwarten, daß erste Schritte in Richtung auf eine Besteuerung des Arbeitslosengeldes und anderer Unterstützungszahlungen beschlossen werden und daß die zusätzlichen Steuereinnahmen zur Finanzierung des Bundeszuschusses an die Arbeitslosenversicherung verwendet werden.

Entscheidende Eingriffe in das Leistungsrecht liefern den erklärten Absichten der Sozialpolitiker entgegen und sind zunächst nicht zu erwarten. Erst gegen Jahresende, wenn sich die offizielle Konjunkturrein-

schätzung für 1982 geändert haben wird und die Konsequenzen für die Sozialversicherung deutlich geworden sein werden, dürften Maßnahmen zur Kürzung des Arbeitslosengeldes und ähnlicher Unterstützungszahlungen beschlossen werden. Dann wird auch deutlich werden, daß alternative Maßnahmen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht in Frage kommen oder allein unzureichend sein werden. Angesichts der ebenfalls angespannten Haushaltslage des Bundes ist nämlich kaum zu erwarten, daß der Bund 1982 – wie 1981 – das Finanzierungsdefizit der Bundesanstalt durch Zuschüsse decken wird. Der Zuschuß wird wohl sogar deutlich geringer ausfallen als 1981.

Eine Beitragssatzanhebung müßte drastisch ausfallen, wenn sie als einzige Sanierungsmaßnahme ergriffen würde. Um so mehr würde sie auf „Steuerwiderstand“ bei den Beitragszahlern stoßen. Im nächsten Jahr werden nämlich kaum steuerliche Erleichterungen wirksam, der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird wohl weiter steigen, der Bruttolohnanstieg dagegen dürfte geringer ausfallen als in diesem Jahr. Insgesamt ist demnach zu erwarten, daß es sowohl zu einer Beitragssatzanhebung ab 1. 1. 1982 als auch zu deutlichen – wenn auch quantitativ weniger bedeutsamen – Kürzungen bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung kommen wird.

Eine Beitragssatzerhöhung wäre zwar – im Vergleich zu steuerfinanzierten höheren Bundeszuschüssen – die bessere Lösung, würde doch so prinzipiell dem Äquivalenzprinzip in der Arbeitslosenversicherung Rechnung getragen und eine weitere Vermischung von allgemeiner Staatstätigkeit mit Aktivitäten der Sozialversicherung vermieden. Es ist aber sicherlich prüfenswert, ob die Sanierungsmaßnahmen nicht vor allem bei den Ausgaben ansetzen sollten. So fällt es schwer einzusehen, warum Arbeitslosigkeit, die für bestimmte Gruppen durch marktwidrig hohe Lohnsätze entsteht, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, d. h. durch Heruntersubventionieren dieser Lohnsätze bei gleichzeitigem Aufblähen der Bürokratie, beseitigt werden soll.

## KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

ISSN 0023-3439

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG